

den. Die Anteile laut auf Stüde über 420 Mark gleich 1 Dollar, 840 Mark gleich 2 Dollar, 2100 Mark gleich 5 Dollar, 4200 Mark gleich 10 Dollar, 8400 Mark gleich 20 Dollar, 16800 Mark gleich 40 Dollar, 33600 Mark gleich 80 Dollar, 67200 Mark gleich 160 Dollar, 134400 Mark gleich 320 Dollar, 268800 Mark gleich 640 Dollar, 537600 Mark gleich 1280 Dollar. Es wird damit gerechnet, daß auch kleinere Beträge auf dem Umwege über werbefähige Konten bei den Sparfallen in dieser Antieile Anlage finden können. Die Stüde von 420 Mark, 840 Mark und 2100 Mark werden einzeln herausgegeben und bei Fälligkeit (2. 9. 1923) mit einem Aufschlag zum Nennwert von 50 p. H. eingelöst. Die Stüde von 42 Mark und darüber tragen 6 Prozent Zinsen und sind mit einjährigem Zinseszins versehen (Zinsfuß ab 1. 9. 1923). Die Mitgablung dieser Stüde erfolgt bei Fälligkeit (2. 9. 1923) zum Nennwert. Die Stüde sowie die Zinsstüde werden in Mark eingelöst entsprechend dem durchschnittlichen Dollarkurs in der Zeit von 15. 7. bis 14. 8. Der Zeichnungspreis beträgt bis auf weiteres 100 Prozent für die Eingablung in Mark. Soweit die Zahlung in Devisen oder Dollarscheine bewilligt werden, wird auch zugelassen ist, wird ein Vorausstrich von 95 Prozent bis auf weiteres in Anrechnung gebracht. Als Zeichnungsbeginn ist der 15. August vorgesehen.

Ein neuer Mach

München a. D. Rht. 2. August. In der Nacht zum Mittwoch ist hier der achtzehnjährige Arbeiter Josef Roth von einem belgischen Posten erschossen worden. Er soll sich nach den Angaben der Besatzungsbehörde mit einem Geleiter in einem Geschäft in der Nähe des Postens aufgehalten haben und auf Anruf des Postens erschossen sein.

Die englische Regierungserklärung.

Waldwin im Unterhaus, Curzon im Oberhaus. In der mit Spannung erwarteten Erklärung, die am Donnerstag im Unterhaus von Waldwin und im Oberhaus von Lord Curzon abgegeben wurde, wird u. a. ausgeführt:

Die englische Regierung war der Auffassung, daß die in dem deutschen Memorandum enthaltenen Vorschläge einer Prüfung und Erweiterung würdig seien und daß diese Erweiterung im Interesse der gemeinschaftlichen Angelegenheiten sei. Da die französische und belgische Regierung sich aber nicht geneigt zeigte, die Initiative zu einer derartigen Antwort zu ergreifen, erklärte die englische Regierung, sie wolle selbst die Verantwortung dafür übernehmen und einen Antwortentwurf den Verbündeten zur Prüfung übermitteln. Die englische Regierung hat nunmehr einen derartigen Entwurf hergestellt, den sie am 20. Juli mit einer Mantelnote den Regierungen von Frankreich, Belgien, Italien und Japan überlieferte.

In diesem Entwurf machte sich die englische Regierung verschiedene der von Deutschland in seinem Memorandum aufgestellten Vorschläge zu eigen. Was die Frage der von Deutschland angebotenen Garantien betrifft, so brüde die englische Regierung ihre Meinung dahingehend aus, daß der ökonomische Wert dieser Garantien von solchen Faktoren abhängig gemacht werden müsse, wie sie das deutsche Memorandum nicht erwähnte, als da sind: Stabilisierung der Mark und Anbahnung der deutschen Wirtschaft, und daß alle Garantien so lange wirkungslos bleiben müßten, bis die deutsche Finanzverwaltung unter zögern eine Form internationaler Kontrolle gestellt werde.

Die Kritik der Antworten.

Nach weiteren Mitteilungen über den englischen Antwortentwurf geht die Erklärung auf die inquisitorischen Entwürfe der Alliierten ein. Die einer scharfen Kritik unterzogen werden. Es heißt darüber: In der Zeit nach der Antwort der englischen Regierung in der französischer und belgischer Antwort nicht einmal erwähnt. Weiterhin weisen die beiden Nationen keinerlei Vorschläge auf, aus denen man auf eine baldige Wende in der Ruhrkrisis...

tion oder auf den Weg einer Reparationsbesprechung schließen könnte. Zwei Dinge, die die englische Regierung so schärflich erwidert, es liegt auf der Hand, daß viele Beobachter, wenn nicht gar noch längere Zeit verstreichen würde, wenn die verbündeten Regierungen auf der Grundlage der beiden unterbreiteten Auffassungen in einer neuen Meinungsäußerung treten würden, ehe ein wirksamer Schritt zur Beendigung der heutigen Situation unternommen werden könnte.

Die englische Regierung kann nicht oft genug wiederholen, daß sie, die sich in ihren Interessen mit denen ihrer Alliierten verbunden fühlt, und ebenso wie ihre Verbündeten vor jeder Aktion zurückhaltend, die dazu ansetzen sein könnte, auf eine Unwirksamkeit gegen den Alliierten schließen zu lassen, trotzdem die Auffassung beibehalten muß, daß die Lösung des Problems nicht mehr zu vermeiden ist, und daß die erwähnte Situation, wenn jetzt die Alliierten noch länger ihre Meinungen über diese oder jene Einzelheit oder diesen oder jenen Vorschlag auszuwirken beginnen, mitunter allen Verhandlungsbedingungen, an denen alle Beteiligten gleichmäßig interessiert seien, immer weiter dem unüberwindlichen Abgrund entgegenwärt.

Waldwin schloß mit den Worten: Die englische Regierung hofft, daß die Veröffentlichung dieser Schriftstücke dazu beitragen wird, die wahren Dimensionen des engeren Problems aufzudecken, dem sich die Alliierten gegenüber befinden, und die Welt von der bestehenden Notwendigkeit überzeugen wird, es durch gemeinsame Aktion aus der Welt zu schaffen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Tendenzen, den 3. August 1923.

— Änderung im Steuerabzug vom Arbeitslohn. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn erfolgt vom 1. August 1923 ab eine wesentliche Änderung. Während bisher die Beträge, um die sich der vom Arbeitslohn einzubehaltende Betrag von 10 vom Hundert minderte, auf den Monat berechnet, 1. je 6 000 M. für den Steuerpflichtigen selbst und für seine zur Haushaltführung zählende Ehefrau, 2. 40 000 M. für jedes zu seiner Haushaltführung zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitslohn- oder für jeden vom Finanzamt zur Verschickung zugelassenen mittellosen Angehörigen 3. 50 000 M. zur Umgehung der Wohnungskosten und sonstigen Abzüge nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 des Einkommensteuergesetzes (Werbungskostenabzug) betragen haben, belägen sie nunmehr vom 1. August 1923 ab zu 1. 24 000 M., zu 2. 160 000 M. und zu 3. 200 000 M. Die bisherigen Sätze sind also zu vermindern. Die erhöhten Beträge treten nach jeder Lohnzahlung für den in der Zeit nach dem 31. Juli 1923 geschäftlich und förmig gewordenen Arbeitslohn in Kraft, während in d. R. 3. in der Zeit vom 1. August 1923 bis zum Ende des Jahres 1923 die bisherige fällige Lohnzahlung unberührt bleibt. Abgesehen von diesen ändernden Bestimmungen ist der Arbeitgeber noch wie vor an die Einkünfte, die von der Gemeindefiskalbehörde oder dem Finanzamt auf dem Steuerbescheid hinsichtlich der Zahl der bei den einzelnen Arbeitnehmern zu berücksichtigenden Familienangehörigen gemacht worden sind, gebunden.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen beträgt die Ermäßigung des 10% Lohnabzugs ab 1. August 1923 bei einem

244000	53760	8960	2240	
verh. Arbeitslohn.	248 000	59820	9920	2480 M.
ohne Kinder				
verh. Arbeitslohn.	408 000	97920	16820	4080
mit einem Kind				
verh. Arbeitslohn.	568000	136320	22720	5680
mit 2 Kindern				
verh. Arbeitslohn.	728000	174720	29120	7280
mit 3 Kindern				

Auf die amtliche Bekanntmachung über die Neubewertung der Natur- und Sachpreise ab 1. August 1923 wird noch besonders hingewiesen.

□ Arbeitslosigkeit des Landesrats Weigenfels am 30. Juli. (Fortsetzung aus voriger Nummer.) Die B. S. B. D. begründet die I. Interpellation wegen des Sachschlusses damit, daß ein Weg geschäftlich werden müsse, politische Arbeiter zu beschäftigen, wie sie in Göttingen tätig gewesen seien. Dazu müßten die genannten Organisationen beizutreten. Auch beim Landbundesrat in Droggig habe der Stahlhelm promovierend gewirkt. In der heutigen traurigen Arbeitslosigkeit müßten alle Sonderinteressen verschwinden. Auf der einen Seite bräde ein Teil des Volkes zusammen, auf der anderen Seite würden die Arbeiter und Arbeiter durch den Stahlhelm geschützt. Die Regierung müsse durch Aufhebung der Organisation eingreifen und Ordnung schaffen. Es bestähe kein Zweifel, daß in der Bekämpfung des Stahlhelms die ganze Arbeiterschaft geschlossen hinter ihren Führer stehe. Die Kommunisten stimmen der I. Interpellation zu. Sie bezeichnen den Stahlhelm und auch alle Schlägenvereine als konterrevolutionäre Organisationen, die nicht die politische Bewegung fördern wollten. Der beabsichtigten Diktatur von rechts stellen sie eine Diktatur von links gegenüber.

Die Bürgerliche Vereinigung erklärte, daß der Landbundesrat sich Fehler Einzelner bei dem Landbundesrat in Droggig nicht verantwortlich sei. Der Stahlhelm sei eine von der Regierung anerkannte Organisation, die die Regierung stützen wolle. Die angeklagte Diktatur von rechts sei nur von der beabsichtigten Diktatur von links ausgeht. Kommunistische Handlungen beständen, obwohl sie verboten seien. Der Stahlhelm sei nicht regierungshilfflich. Der Reichsbund der freien Bauern sei der Umsturz, daß wie keine traghafte I. Interpellation hätte. Man müsse die B. S. B. D. die Verantwortung in der Regierung mit übernehmen, könne es besser werden.

Landrat Zimmermann erklärte, daß der Landbundesrat eine wirtschaftliche Gesellschaft sei und niemand ein fest mitbestimmen könne, ebensowenig wie der Schlägenvereine, die mit Konterrevolution, wie behauptet wurde, nichts zu tun haben. Die Staatsregierung sei in d. R. Lae, die Ordnung allein anrecht zu erhalten. Er ließ seinen Zweifel darüber, daß er gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken werde, den Kampf mit mehreren Fronten zu führen. Es möge aber in der gegenwärtigen Zeit jeder den innerpolitischen Verpflichtungen gegenüber stehen Kopf und Knie bewahren.

Die zweite Interpellation wird damit begründet, daß die Aufhebung der Zwangsarbeitspflicht des Brotgetreides eine Hungerkatastrophe in Folge haben würde, denn für unser geliebtes Land könnten wir nichts mehr aus dem Ausland kaufen.

Von der Bürgerlichen Vereinigung wird angeführt, daß die Zwangsarbeitspflicht schon deshalb aufgehoben werden müßte, weil die Verwaltung ungenügend vorbereitet sei. Zur Beibehaltung sei die Brotsteuer eingeführt, wie sie sich auswirken werde, müsse die Befragung zeigen. Die Kosten der Zwangsarbeitspflicht: das weltweite größte Teile die Landwirtschaft getragen. Befragung sei nur durch Forderung der Produktion möglich.

Die beiden Interpellationen wurden gegen die Stimmen der bürgerlichen Vereinigung angenommen. Die Gegen die Stimmen der bürgerlichen Vereinigung wurde die Beibehaltung an der Bank für angenommen. Als Hauptgrund erklärt, daß keine Fraktion die Vorlage aus Gründen des Handvertrages abweisen müßte. Es muß das Gesamtvotum von 100 000 auf 1 Million erhöht werden. Die Hundesteuerordnung wird dahin geändert: Der erste Hund kostet jährlich 80 000 M., jeder weitere ein Hund eines gemeinsamen Haushaltes 120 000 M. Überzählige Hundesteuern zahlen 180 000 M. für jeden Hund.

In den Kosten der bei der Universität Halle bestehenden bakteriologischen Untersuchungsanstalt muß der Kreis für 1223 108 000 M. beitragen. (Fortsetzung folgt.)

— Waisport. Auch der junge 1. Radfahrer-Veren 1895 beteiligt sich an den Veranstaltungen des Bundes Deutscher Radfahrer. Am Sonnabend soll begreifen sich die Radfahrer auf die 160 km lange aber Rannburg, Halle, Mittelberg nach Leipzig fahrende Reise. Die Dauerfahrer starten gleichzeitig und eilen in einem Mindesttempo von 21 km über Jiz, Vorna, Gemma, Döben dem Ziele Leipzig zu. Hoffentlich ist der Wettergott bei guter Wonne.

Geldjäger.

Ein Roman aus der Gegenwart von Carlheide Schöler. Herausgegeben von Franz Schöler, G. v. S. 1. Auflage 1923. 11. Hartmann. (Schubladentexte.)

Hier also gingen die Reden im Kreise spazieren, was ja ein jeder ward leilig auf seine Weise. ... Ja, es soll Herrn Schnell sehr leid, er mußte mal diese Wunden unterzochsen, legt man die Wirklichkeit mal dran! Dann lieber sehen Herr Dr. Mercedob doch nicht immer so dummsinnig aus zu sehen — denn lieber war Frau Dr. Mercedob die Braut von einem hochbegabten Baron, einem Wesselschmid, der noch eine große Braut ließ, während Frau Dr. Mercedob — was man lieber zu behaupten mochte — ein Kind von dem Schwindler erwarren sollte. ... Es aber, Dr. Schnell, daß nicht nur als betrogene Geldgier, nein auch er sah als betrogene Ehegatte da, denn sein Vertrauen hatte der Baron doppelt geküßt — ja er kannte den Mann schon seit langem — auch er war auf ihn hineingefallen! —

Während der Baron in Dbar die Idee erfaßt, daß er ein alter Bekannter von Frau Dr. Schnell sei, kann er damit nicht dem Herrn Schnell zu Hilfe, der jetzt die gleiche Dinge in seinem Vorteil erfand.

Satte er den Dr. Mercedob zum Verdächtigten, dann ging er mit ihm gemeinsam vor, dann würde ihn dessen Name in der Öffentlichkeit bedecken. Der Gelehrte, mit dem die Öffentlichkeit sich bereits beschäftigte, hat nicht Grund, sich möglichst nicht aus dieser anrüchlichen Affäre zu ziehen — er mußte sich — ja seinen Gottin freiben lassen — um so persönlich für Herrn Schnell dann mal Oh, der geizige, bösewärtige Konrad! Der sagte am Schluß des Beschlusses, denn, um die Ehe seiner Tochter zu retten, mußte er froh sein, wenn der Baron ihn zum Schwager erweihen würde! —

Dr. Schnell, der sein Geschäft schon gemacht sah, brüde dem Schwager des Barons sein annehmendes an.

Dr. Schnell über seine Frau sah ihren Mann gelübt, in dem er sich so eifrig erproben wollte, er wußte natürlich die Haltung an, die sich er mit seiner hohen Gestalt sein Wort. Und dann erregte er, daß er den ganzen Fall für Dr. Schnell behaupte, daß er der Verlobung seiner Tochter kein Gewicht beilegte, weil die Tochter fähig, daß seine Gottin Schnell seit einigen Wochen nach der Ehe in gelegentlichen Umständen sei.

Herr Schnell war nun sehr zerküßt. Sollte die Feste, die seine Person, wesentlich fähige Angaben machen, um ihm ihrerseits die Prozedure aus der Tasche zu ziehen? ... Das war das Ende in dieser Zeit: man konnte keinem Menschen mehr trauen — jeder war heute ein Gauner! Herr Schnell bilanzte scharf und kritisch durch seine Zwidergänger; auch bei diesem Dr. Mercedob kannte man sich nicht aus! War nun dieser Mann so dummsinnig oder so klug? — Dr. Mercedob schaute unbehelligt nach.

Das er sagte nach einer Weile, er hätte es für das beste, man nennete den Schnell, und der Baron würde jene andere Dame heiraten, die in seine Braut schon war.

Herr Schnell nahm Atemschluck. — Na ja — das war ja auch eine Lösung! — Dann packte eben nicht Herr Klein, dann würde eben Herr Schnell zahlen!

Aber jetzt war die Sache definitiv! Sein Konflikt wurde milder. Er hat den Dr. Mercedob, der doch seine annehmen, er sah so fähiglich mit dem Wesselschmid! Wenn nur der Baron nicht durchgefallen war. — aber vielleicht war es überhaupt nicht ganz geschehen? ... Kommt nicht Dr. Mercedob mit Herrn Klein persönlich reden oder noch besser die ganze Sache gleich mit der Familie Neuhöfer erörtern? — Er, Herr Schnell, war so fähiglich mit den Herren Neuhöfer, er hatte so freudlich viel zu tun, er hatte sich selber so aufgeregt — aber es war ja in aller Interesse, nicht wahr? — gewiß! — den Stand zu vermeiden! —

Herr Schnell hat freudig und bereit, im Juniern was er seit langem nötig. Dr. Mercedob fand in wichtiger Haltung, sein Herz über beide in ihm.

Der Neuhöfer war ... Herr Klein, die beschuldigt durch den Baron schon und zu seiner Erlösung gekommen, haben zu ungenügender Gründe Dr. Mercedob sein Gehör verloren, der um eine neue Unterredung hat. Er schied Herrn Klein sehr abhorrt, er sah mit entsetztem Blick über die beiden Herren hinaus und sah sie höflich in sein Studierzimmer emporen.

Er teilte mit, ein Herr Schnell sei frohen bei ihm gemein, ein Mann, der ansehend Bewirungen liebe und der den Ruf der Familie Klein bedrohe. Gleich sei, zu seinem Bedauern, der Ruf der Familie Neuhöfer gleichfalls gefährdet, die, wie er hörte, dem Freiherrn von Wehringen für Antwort gab; es schiene ihm am besten, um unwilligen Stand zu vermeiden, den Herrn Schnell bald aufzusuchen und ihm gleichzeitigt mitzuteilen, daß die Familie Neuhöfer auf der Verlobung ihrer Tochter mit dem Baron bestähe. Habe auch der Freiherr von Wehringen auf ihn persönlich seinen allgünstigen Eindruck gemacht, so sei er dennoch überzeugt, daß der junge Mann in richtigen Händen lenkbar sei und ihm nur der höhere Boden zu einer neuen Existenz sei fähig.

Herr Klein sagte sich in Dorkum. Auch seine Emma, die mit Frau Neuhöfer folgte, nahm eine erhebende Werts an. Dr. Mercedob sagte nichts dazu, er habe keine Frau niemals im Wege stehen wollen, falls ihre Stellung dem Baron gefällig doch die das Ganze noch nur eine fähige Kontrolle gemeinlich unterhielt durch einen Vertrag des Herrn Konrad Klein. — Hier nicht Herr Klein, die die diplomatische Gabe seines Schwagererweihen bewunderte. — Freilich: Man mußte sich Herr Neuhöfer daran! Man mußte der Herr Neuhöfer zahlen, ja es war sogar seine Cheempfindung, daß er auch die fähigen Wechsel des Barons an den Konrad Klein bezahlte! —

Ausgegeben, ausgegeben! — Herr Neuhöfer und Frau Klein riefen aus. — Sollten sie diesen Schwindler, diesem „Epingelstiel“, mit ihm eben und im Saal der Konrad Klein bewahren, was auch im Stand zu vermeiden, was doch ihre Tochter gelte! — (Fortsetzung folgt.)

Namberg (Strafammer). Die Hand erhellte Otto u. Bra Jitz nach haben im August vorigen Jahres auf dem Jagdmarkt in Almsdorf Notizen veräußert, die durch den Verkauft, 25 M. das Stück ausfielen. Sie sind als verdingt und zum großen Teil aus Hundfleisch hergestellt vom Nahrungsmitteleinrichtungskomitee in Merleburg festgestellt worden. Das Schiffsgericht in Merleburg hatte wegen Lebensmittelfälschung und Zelthaltens dieser Würste den Ehegatten zu drei Monaten, die Frau zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Nur der Ehemann hatte Verurteilung eingeleitet, diese war zu verwerfen.

Merleburg. In der Nacht zum Sonnabend gegen 1 Uhr rückte die Motorpolizei nach Eudien bei Oberbrüggeln aus. Auf der Hauptstraße wurde ein Auto von einem Mann, der sich in der Nähe befand, gestoppt, welche im Besitz der Frau Stimm, Richard Montan und D. Aertsch. u. G. in Halle ist, war in der Blumenfabrik (Erdbachfabrik) ein verheirateter Feiner ausgetreten. Durch das Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand auf einen Heubestand beschränkt werden. Die Fabrik wurde noch länger 3 1/2 in sich zusammen und die Arbeiter und Arbeiter mit sich in die Luft. Die starken Mauern und Träger sind nun dabei noch kleinere Gebäude. Die starken Mellen und Träger der Eisenkonstruktion waren wie folgt zerstört und verbrannt. Der Arbeiter ist auch ein Mann dabei unter den Toten begraben oder durch die Stichflamme verbrannt worden.

Mildreda. Hier erkrankten viele Personen unter Vergiftungserscheinungen, die auf den Genuß von Fleisch zurückgeführt werden, das von an Rotlauf erkrankten Schweinen herkömmt.

Halle. In des Gerichtesgefängnis wurde der Arbeiter Max Wiche aus Burgener-Neudorf transportiert der einer der Hauptbeteiligten an Brotmangel und Mehlhochpreisen ist.

Kassel. In den Feinschneidern werden hier zur Zeit der Schmirgelmaschinen- und zerstückte einen an der Maschine arbeiten, etwa 40 Jahre alten Arbeiter den Maschinen. Nach wenigen Minuten starb der Schmirgelarbeiter.

Landesamtliche Nachrichten von Zandern (Stadt)

für den Monat Juli 1923.
Geboren wurden 2 Mädchen und 6 Knaben.
Verheiratet haben sich 3 Paare.
Gestorben sind: 1. Die Ehefrau Ell Anna Blach, geb. Rosenkirch, 20 Jahre alt. 2. Die Witwe Maria Pfeil, geb. Müller, 73 Jahre alt. 3. Fiedra Ana Engelhart, 11 Monate alt. 4. Die Witwe Pauline Gutmann, geb. Zohn, 20 Jahre alt. 5. Ein toter Knabe. 6. Der 10 Jahre alte Knabe Karl Kurt Sommer. 7. Das 6 Monate alte Mädchen Annemarie Charlotte Werth.

Vermischtes.

* **Streit der Hamburger Seefahrer.** Die Seefahrer im Hamburger Hafen haben am Dienstag vormittag wegen erhöhter Löhnerforderungen und weil ein Teil des vorerwähnten Lohnes nicht bezahlt wurde, die Arbeit eingestellt. Schiffsbesatzungen sind sofort eingeleitet worden. Da die Seefahrer Seefahrer nicht streiken, ist der Hafenbetrieb im ganzen nicht gestört.
* **John Kühner eingekerkert.** In der Stadt Oberlin im Erzgebirge brach aus unbekanntem Grund ein Feuer aus, das, vom Winde begünstigt, sehr Schaden einbrachte. Dreizehnstöckig häuslicher mit zusammen 126 Personen sind obdachlos. Mehrere Gebäude wurden zerstört.

* **Einkbruch in die Remisagalerie.** Unbekannt Einbrecher drangen nachts zwischen 11 und 1 Uhr in die Remisagalerie ein und raubten dort eine Menge in der Schatzkammer von 7-8 Millionen Mark. Die beiden zwei Fenster eingebrochen und waren das an Morgen durch den Galeriewächter entdeckt. Sowohl die Täter sind jetzt frei. Die gestohlenen Werte sind von Lucas Gramsch, Franz Gais, Hans Gellert in französischer Polizei und ein Raubzug.

* **Sein Wasserfahrungsunternehmen.** Aus Mainz wurde Anfang Juli d. J. in den Rhein die Witwe Kappel, die ein Stolnotenunternehmen betrieb, beschuldigt aufgefunden. Sie war in seiner Verhaftung, daß sie wenige Stunden später starb. Zwei junge Mädchen waren in der Nacht bei ihr eingedrungen, hatten sie niedergeschlagen und 60 000 Mark bares Geld und Schmuck geraubt. Der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Haupttäter zu ermitteln, festzunehmen und so zu überführen, daß er ein Bestandskonto ablegte. Es ist ein gewisser Wilhelm Görtel aus Neu-Rubin, der im Anfang der zwanziger Jahre nach, aus Neu-Rubin kam und sich wohnungslos in Berlin aufhielt. Auch ein zweiter Mann, mit dem Görtel eine Gefährtung auf der Wasserfahrt gewesen ist, und eine Frau Frieda Sch. wurden verhaftet. Diese beiden klingen noch.

* **Streit ohne Teilnahme.** Der in Köln ausgesprochene Streit der lehrreichen Angehörigen im Lehrgangsbereich dauert fort. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die mehrere Stunden dauerten, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber erklärten, über den Berliner Schiedspruch, der für die laufende Woche einen Lohn von 1,5 Millionen Mark vorsieht, nicht hinauszugehen zu können. Die Betreiber der Arbeiter verlangten über 2,5 Millionen Mark. Da keine Verständigung möglich war, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Köln ist infolge dessen ohne Zeitung.

* **Geldmangel in Köln.** In Köln nimmt die Zahlungsmittelknappheit immer katastrophalere Formen an. Eine große Anzahl von großen industriellen Unternehmen waren am Mittwoch nicht in der Lage, ihren Angestellten auch nur einen kleinen Teil des Monatsgehalts auszusuchen, andere haben sich mit ganz bescheidenen Vorschlagszahlungen begnügen müssen. Besonders bedauerlich war die Zahlungsmittelknappheit durch den Aufbruch der Arbeiter. In fast allen großen Deudereien stöhnten wurden seit Wochen ununterbrochen Stadtblöcke hergestellt, zuletzt in Beträgen von 100 000 Mark und 1 Million Mark.

* **Flugzeugabsturz.** Ein von dem Flugzeugführer Monaghan geführtes schwedisches Flugzeug mit zwei Passagieren stürzte am 1. Juli von 150 Metern Höhe vor dem Flughafen Maastricht in der Nähe von Rotterdam ab. Der Flugzeugführer war sofort tot, die beiden Passagiere wurden schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht.

* **Fruchtlose Fahrten.** Die Schiffsbrücke bei Bremer wurde von einem mit vier Anhängelassen zu 20 fahrenden französischen Radfahrer, Paris angefahren und so stark beschädigt, daß der Betrieb über die Brücke dadurch für längere Zeit unterbrochen ist.

* **Die Zeitung im Juli.** Der Monat Juli weist im bisher noch nicht festgestellten Fortschreiten der Zeitung auf. Der Lebenshaltungskostenindex der Industrie und Handelszeitung erreichte im Durchschnitt Juli das 32.88fache und liegt somit um 286,4 Prozent über dem Durchschnitt des Juni, der 84,4 betragen hatte. Demgegenüber machte die Entwertung der Mark am Dollarkursindex des Monatsindex gemessen nur 217,19 Prozent aus, so daß sich der Binnenwert der Mark besonders stark verschlechtert hat. Während in der ersten Juliwocde eine 39-prozentige, in der zweiten eine 37-prozentige Beterwertung zu verzeichnen war und in der dritten Woche eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 28,4 b. H. in der vierten um 46,3 b. H. gegenüber der Vorwoche festgelegt werden konnte, brachten die letzten drei Tage als Durchschnitt berechnete nochmals die Beterwertung eine Steigerung um 76 b. H. Am härtesten sind im Laufe des Monatsmonats wiederum die Erwerbslosen emporgeschritten, deren Monatslohn von 12 444 faden im Juni auf das 81,88fache im Juli b. d. von 21,2 Prozent, lag.

Berliner Börserbericht vom 2. August.

— **Zehnermarkt:** Heute am Börserbericht keine Notierungen hat.
— **Produktenmarkt:** Auch heute nach dem Geschäft an der Produktenbörse recht still. Durch die bestehende Geldknappheit sind die Umsätze merklich beschränkt. Angebote liegen nur in geringem Umfang vor, und die Forderungen sind wieder höher wie gestern. Weizen bleibt von den Mühlen weiter gefragt. Roggen eher angeboten. Mais und Hafer sehr Berste gefragt. Raubfutter, Hälftenfrüchte und Getreide steigend.

Warenmarkt.
Wollgüter. (Woll) Preise für 80 Kilo ab Station Weizen Markt. 2100 000—2300 000. Roggen Markt. 1800 000 bis 1850 000. Sommergerste 1700 000—1800 000. Neue bis 1700 000. Mais wagenweise 1300 000 bis 1350 000. Weizenmehl (100 Kilo) 7 000 000—7 500 000. Vogermehl (100 Kilo) 4 500 000—5 000 000. Weizenflocke 10 000—10 500 000. Wollgüter 980 000—970 000.

Leitung durch den Film.
— In Paris in Paris möchte ein Kriegsteilnehmer, der infolge eines im Felde erlittenen Nervenleidens die Sprache verloren hatte, einer Kinovorstellung bei, bei der ein Stück aus Wild-West vorgeführt wurde. Der Mann regte sich dabei so sehr auf, daß er aus dem Theater geführt werden mußte. Im freien angefangt, fiel er in Ohnmacht. Als er wieder zum Bewußtsein kam, hatte er die Sprache wiedergewonnen.

Löwen-Diele (Hotel z. Löwen)
Eigener (auditor).
Jeden Sonntag von 6 Uhr an
Künstler - Konzert

Erhöhung der Bewertungssätze für Natural- und Sachzüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.
Die vom 1. Juli 1923 an vom Landesfinanzamt Magdeburg festgestellten und in No. 152 des Weisenscheins - Zugabeblattes öffentlich bekanntgegebenen Bewertungssätze für die Natural- und Sachzüge werden vom 1. August 1923 an vermindert. Von diesem Zeitpunkt an sind also die bisher geltenden Bewertungssätze mit dem vierfachen Betrage bei der Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn zu berücksichtigen. Der Bewertungssatz für die freie Wohnung der Deputationsmitglieder auf dem Lande bleibt unverändert (2400 M.). Der Wert der Beförderung pro Woche in Gruppe IV für Juli nicht 48.400.— sondern 46.400 M.

Weisenscheins, den 31. Juli 1923.

Finanzamt.

Bekanntmachung
den Steuerabzug vom Arbeitslohn betreffend.

Mit Wirkung vom 1. Aug. 1923 treten nach jeder Lohnzahlung für den in der Zeit nach dem 31. Juli 1923 beschäftigten und fähigen gewöhnlichen Arbeitslohn folgende Vorschriften in Kraft:

Der einzubehaltende Steuerbetrag von 10 v. Hundert des Arbeitslohnes (Geld- und Natural- oder Sachzüge) ermäßigt sich:

im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle	Monate	Wochen	Tage	ab. angefangene 2 Stunden
für den Arbeitnehmer selbst und seine Ehefrau um je	24 000 M.	5 700 M.	960 M.	240 M.
für jedes minderjährige Kind oder jeden mittelsten Angehörigen um	160 000 M.	38 400 M.	6400 M.	1600 M.
zur Abgeltung der Werbungskosten um	200 000 M.	48 000 M.	8000 M.	2000 M.

Weisenscheins, den 31. Juli 1923.

Finanzamt.
S. G. ge. Dr. Bahner.

Kirchliche Nachrichten
am 10. Sonntag n. Trin tatis (5. 8. 23.)
Kollekte für die Judenmission.
Leuchten: Vorm. 10 Uhr. Predigt, danach Gedichte u. h. Abendmahl. Pfr. Lehmann.
Gedächtnis: Vorm. 10 Uhr. Dompfr. Pfingmann.
Unterwiesener: Vorm. 7 1/2 Uhr. Pfr. Lehmann.

Arbeitsnachweis
Zandern.
Amtliche Meldestelle für alle offenen Stellen.
Geschäftszeit werktäglich von 8 1/2—1 Uhr.
Gesucht werden:
12 Mädchen, 8 Knaben verschiedenen Alters in der Landwirtschaft, 1 Hausmädchen nach auswärts, 1 Schuhmacher, 5 Maurer, 1 Lehrling für Kontor.
Stellen suchen:
Eine alleinlebende Frau für alle Arbeiten in der Landwirtschaft.
Sonntag, d. 5. 8. nachm. 4 Uhr.
Festsammlung
im Vereinslokal.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.
H. P. Fiedler.

Flügge Gänse
verkauft.
Wo? Jagt d. Gp. d. Blatten.

2 junge Enten
abhandelt gekommen. Gegen Belohnung abgegeben bei Schürmer, Unterberg 20.

Öfterer Wechsel der Leibwäsche
ist von großer Bedeutung für die Gesundheit! Der Geruch eines Wannenbades, diese für das körperliche Wohlbefinden so wichtige Einrichtung, ist weiten Kreisen ein kaum erscheinlicher Luxus geworden und an seine Stelle wieder die einfache Waschung getreten.
Doppelwichtig ist unter diesen Umständen die Sorge für
gesundheitlich einwandfreie Wäsche.
die Haut und ihr geruchlos, eine dauernde normale Ausdehnung der Poren sicher und so Hauterkrankungen und Gesundheitsstörungen vorbeugt.
persil
das einzigartige Waschnittel
ist auch vom Standpunkt der Gesundheitspflege von unschätzbarem Wert. Es bewirkt im gewöhnlichen Wannenbade - auch schon bei niedrigen Temperaturen - eine sichere Abtötung aller Krankheitserreger, die durch Schweißabsonderungen der Haut in die Wäsche übertragbar werden und gibt eine herrliche, frischduftende Wäsche! Dabei ist das Waschen so einfach und bequem, daß es auch im Kleinfamilienhaushalt jederzeit schnell und ohne Störung der häuslichen Arbeiten vorgenommen werden kann.

Schreibwaren
Ziege
empfehlen
J. B. Dietzen.

Wöchentliche Anzeiger

für Leuchern u. Umgegend. Amtliches Organ des Amtsgerichts, Magistrats u. der Polizeiverwaltung zu Leuchern.
Verkaufungsblatt der Anzeigen des Weichenseer Landratsamtes und des Kreisamtschusses, sowie des Weichenseer Finanzamtes.

Abzugssatz: Die Leuchenseer Bauzettel Nr. 1500, Restsumme Nr. 2000. Zugrundelegung in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeilenbreite 10, bis spätestens samstags 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein. erscheint wöchentlich drei mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr in den folgenden Tagen. Bei dem Drucke sind Änderungen von Überschriften, Nachlieferung oder Wegglassung des Abzugssatzes.

Verbreitungsbezirk: Leuchern, Großen, Ranzhof, Ranzdorf, Ober- u. Unterweiden, Trebnitz, Zehren, Wildbühl, Lützenau, Schortau, Schellau, Ragwitz, Ronau, Ober-



Bezugspreis bis 15. August: durch unsere Geschäftsstelle Nr. 15 000, von unseren Seiten ins Haus gebracht Nr. 15 300, bei den Postämtern Nr. 15 300 ohne Zustellung. Einzel-Nummer Nr. 3000. Zeitungsbestellungen werden an der Geschäftsstelle, Zeilenbreite 10, und von unseren Seiten und allen Postämtern angenommen. Fernsprecher Nr. 389. — Postfachkonto Leipzig Nr. 94 616. — Bankkonto: Generalbank Leuchern und Stadt-Großstraße Leuchern. —

und Unterlauf, Kößlitz, Neuen, Leuchendorf, Krauswitz, Schulpzig, Müllitz, Ober- und Unterneißa, Kößlitz, Wernsdorf, Dippelsdorf, Zehmsdorf und Trebnitz.

12 90

Sonabend, den 4. August 1923

62 Jahrgang

Was gibt es Neues?

Die Reichsbank hat den Diskont um 12 auf 30 Prozent erhöht.

In Mailand an der Ruhr ist der 18-jährige Arbeiter Joseph Noll von einem belgischen Vollen erschossen worden.

Der belgische Vorkämpfer in London hat gegen die Veröffentlichung des bisherigen Notenwechsels in der Form eines englischen Weichensches Einspruch erhoben.

In London erwartet man, daß Baldwin eine weitere Note an Frankreich senden wird.

Der Rückgang des Eisenbahnpreises wird sich bei der nächsten Woche mit der Frage der Werkschließung der Bergwerke beschäftigen.

Die Gütertarife sollen noch vor dem 1. September erhöht werden.

Die letzte Woche.

Der neueste Markkurs, der den Dollar auf über eine Million anwachsen ließ, beschäftigt zurzeit unsere innenpolitische Lage. Eine Reihe von Gesetzen müssen soll dem fortschreitenden Verfall des Geldes entgegenwirken. Aber diese Vorkehrungen können ebenso wenig wie die Forderungen der Werkschließungen eine wirkliche Gesundung bringen, so lange nicht die letzten Ursachen unserer wirtschaftlichen Zusammenbruchs, das Verfall der Arbeit und die Angelegenheit, beseitigt sind. Der Geldmarkt ist es, das sich die Reichsregierung jetzt endlich zur Herausgabe einer wertbeständigen Anleihe, die für alle Volksteile zugänglich ist, entschlossen hat. Für Kapital und Zinsen dieser Anleihe sollen anteilig die ganze deutsche Wirtschaft, Handel, Industrie, Landwirtschaft, sowie jeder, der über persönlichliches Vermögen verfügt, haften. Nach dem von der Reichsregierung den beteiligten Behörden vor-

Geldbuch gegen Weichbuch?

Der englisch-französische Notenkrieg

Zur Veröffentlichung des internationalen Schriftwechsels hat die englische Regierung, wie „Daily Mail“ berichtet, bei den in Betracht kommenden fremden Mächten bereits Schritte unternommen. Falls einer der Staaten gegen die Veröffentlichung Einspruch erheben sollte, würde das englische Kabinett die dringlichen Schritte allein durchführen. Wie über den Baldwin im Unterhause auf die Anfrage eines Abgeordneten erklärte, ist die Zahl der Schriftstücke ungewöhnlich groß. Der „New York Herald“ stellt fest, daß die Geheimhaltung des internationalen Notenwechsels in englischen Kreisen schon deshalb als sehr mißlich empfunden wurde, weil auf diese Weise der Welt verborgen bliebe, wie weit England der Pariser Regierung in der Frage des Reparationsproblems entgegengekommen ist.

In Paris hat die Visité Baldwin, den bisherigen Notenwechsel zur Rechtfertigung der englischen Politik und Abstellung von Notwendigkeiten zu veröffentlichen, einige Bestimmungen hervorgehoben und mit der höchsten Hebertreibung brüht man wieder von einer Gefahr für den Fortbestand der Entente. Einzelne Pariser Blätter fordern als Gegenzug die Herausgabe eines französischen Geldbuches.

Angriebe gegen Curzon.

Unter der Überschrift „Ohne Kurze und Tadel“ schreibt der „Temp“ in seinem Leitartikel, daß die Veröffentlichung der englischen Dokumente aus den Verhandlungen über die Angelegenheit Frankreichs zwar keine große einflussreiche Wirkung, wohl aber unangelegentlich erregte. Der „Temp“ läßt sich dann zu einem heftigen Angriff gegen die Politik Lord Curzons hinreißen und erklärt, so, wie die imperialistische Politik Lord Curzons im Orient England dazu geführt habe, gegen Japan zu rufen, so führe diese Politik der Oberhoheit in Europa England nurmehr dazu, Frankreich und Belgien und sogar der kleinen Entente fähig entgegenzuarbeiten. Lord Curzon sei damit beschäftigt, überall das zu zerreiben, was der Sieg geschaffen habe. Dies wären die Gründe, meint der „Temp“, die zu einem Bruch der Entente Cordiale führen werden, wenn das englische Kabinett sich nunmehr dazu entschließen sollte, Frankreich den Rücken zu kehren und sich allein mit Deutschland zu arrangieren.

Die englische Sonderantwort beschlossen.

Was ein allerletzter Einigungsversuch?

Das englische Kabinett hat am Mittwoch eine halbe Sonderantwort an Deutschland einstimmig beschlossen. Angetan ist allerdings noch, ob vorher noch eine „allerletzte“ Note an Frankreich abgeschickt werden wird, in der die französische Regierung von der Abwendung einer englischen Sonderantwort verständigt und aufgefordert wird, sich England anzuschließen. Außerdem soll auch noch einmal der Versuch gemacht werden, Stalkins Unterschrift für die englische Note zu erhalten.

Die Unentschlossenheit der englischen Regierung, die immer wieder davon zurücktritt, den entscheidenden Schritt zu tun, läßt sich wohl daraus erklären, daß man in London nicht recht weiß, wie die englische Sonderaktion eigentlich weitergehen soll. Das kommt auch in einer Unterredung zum Ausdruck, die ein „führender Politiker“ dem „Daily Telegraph“ gewährte. Er führte folgendes aus:

„Die Deutschen haben ein Sprichwort: Wer 11 sagt, muß auch 12 folgen. Wenn wir uns entschließen, eine von Frankreich unabhängige Politik gegenüber Deutschland zu verfolgen, müssen wir uns die Folgen genau überlegen. Durch eine solche Politik werden wir, wenn auch gegen unseren Willen, in eine freundliche Opposition gegen Frankreich getrieben. Deutschland wird dies und kann dies auch dahin auslegen, daß wir nunmehr bereit sind, es zu unterstützen, und das wird bewirkt, daß sich der Widerstand gegen Frankreich zu Innigen. Unsere Haltung gegenüber Frankreich wird Schritte unternommen, um festzustellen, ob wir bereit sind, Kredite zu gewähren und es zu unterstützen. Die Frage der Finanzierung Deutschlands, die akut werden dürfte, wenn sich unsere Politik weiterhin im Gegensatz zu Frankreich entwickelt, drängt schon, um es weiter zum Widerstand gegen Frankreich zu veranlassen. Unsere Haltung gegenüber Frankreich wird weiterhin durch die in Berlin vorhandene Meinung erwidert, sich auf uns zu stützen und unsere Symbolik als vorhanden voraussetzen.“

Diese Ausführungen kennzeichnen in der Tat die Lage. Allerdings ist die Frage, man könne in Deutschland falsche Hoffnungen erwecken, wohl nicht gar so groß. Viel größer ist offenbar die Furcht, England werde Frankreich seine Ohnmacht zeigen, wenn es der Sonderantwort keinerlei Taten folgen läßt. Das würde Herrn Poincaré für die Zukunft noch mehr Übermut geben, als er jetzt schon hat.

Wertbeständige Eisenbahnfahrpreise.

Bestimmung nach einer Schlichtung.

Mit der Einführung wertbeständiger Fahrpreise bei der Eisenbahn ist nunmehr zum 1. September bestimmt zu rechnen. Ferner ist in den Kreisen der Verkehrsministerien eine Erhöhung der Gütertarife noch vor dem 1. September schon beschloffen. Auch die Perzententaxe noch vor dem 1. September erhöht werden sollte, darüber wird der Ende nächster Woche zusammenzutretende Ausschuss des Reichseisenbahnrats zu beschließen haben. Zugleich soll er dann auch die Wertbeständigkeit der Tarife festlegen.

Der Reichseisenbahnrat wird nach den bisher vorliegenden Entwürfen eine folgen demnach aussehen: Ähnlich wie beim Wälderwerb der Friedensvertrag zugrunde gelegt. Diese Grundzahl wird dann mit einem Entwertungsfaktor multipliziert, der aus den Weltmarktpreisen für Kohle und Eisen, den Zinsänderungen usw. errechnet wird. Während bei den Gütertarifen die Festsetzung einer neuen Schlichtung in ganz kurzen Abständen, sogar täglich, sehr wohl möglich ist, bestehen beim Personenverkehr sehr große Hindernisse. Maßgebende Bestimmtheiten sind der Ansicht, daß schon mit Rücksicht auf den Auslandsverkauf von Fahrkarten, die Schlichtung ab 14 Tage, höchstens aber alle 10 Tage, festgelegt werden kann. Führt man die jetzt geltenden Fahrpreise zurück auf einen Friedenspreis als Grundzahl, mal einem Multiplikator, so beträgt diese Schlichtung für Personenfahrkarten 3. und 4. Klasse im August 17 000, für Karten 2. Klasse 33 000, für Karten 1. Klasse 45 000 und für den Güterverkehr 58 000.

30 Prozent Reichsbankdiskont!

Erhöhung um 12 Prozent.

Der Zentralausschuss der Reichsbank hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der die Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank auf 18 auf 30 Prozent, also um volle 12 Prozent, beschlossen wurde.

Mit einer Erhöhung der Reichsbankrate war schon zum Halbjahreswechsel geredet worden, doch unterblieb diese damals infolge des Abnehmens von Industrie und Handel. Die Entscheidung, welche unsere Geldverhältnisse jedoch in der Zwischenzeit genommen, und die von dem Reichsbankpräsidenten Geydellz haben in der Sitzung an der Sonntag des letzten Reichsbankbankens vom 23. Juli näher dargelegt wurde, machte es erforderlich, die große Spannung zwischen den am offenen Geldmarkt geltenden Zinssätzen und dem Zinssatz der Reichsbank einigermaßen auszugleichen. Es werden nämlich am offenen Geldmarkt Zinsen für Forderungsbis zur 2 Prozent verlangt, was als Monatsfuß 60 Prozent ausmachen würde. Inzwischen hat sich die Geldverschlechterung in händiger Weise fortgesetzt, und in der dritten Juliwoche d. J. allein zu einer Steigerung des Notenumlaufs um nicht weniger als sechs Billionen Mark auf 31 Billionen Mark geführt. Daß diese Maßnahme unheilbar geworden waren, läßt sich somit von selbst.

Was die Erhöhung um 12 Prozent anlangt, so ist diese immer noch nicht als erheblich zu bezeichnen, zumal die Entwertung unserer Geldta in unveränderten Fortschreiten begriffen ist. Es wurde in der Versammlung auf das Zusammenfallen der Diskonterhöhung mit der neuen Goldanleihe, und zwar mit dem Bemerkten hingewiesen, daß der Sonntag der letzten Juliwoche zu führen, die Diskonterhöhung bis zu ihrer Ausgabe vielleicht besser hinstellen würde. Demgegenüber wurde aber seitens der Reichsbank betont, daß die Diskonterhöhung sich nur gegen die Papiermark richte und auf die neue Anleihe keinen Einfluss sein werde, da diese doch wertbeständig sei.

Deutsches Reich.

den 3. August 1923.

Die wertbeständige Reichsanleihe, die die Regierung herauszugeben beabsichtigt, ist bei den Reichskassen des Reiches reichlich und wird sofort nach Ausgabe der Stücke an der Börse einzufließen werden.



Es wäre schön, wenn wir uns von dem englischen Sonderangebot all zu viel versprechen wollten. Von einem Bruch der Entente kann vorläufig noch keine Rede sein, und somit sind wir in unserem schweren wirtschaftlichen Stillstand nach wie vor sehr wohl auf uns selbst gestellt. Wir müssen den einmal betretenen Weg einschlagen weiter verfolgen. Wir können uns deshalb jetzt auch weniger dem je den Augen immer Ärger leisten, wie sie in den letzten Tagen von einigen Blättern an die Wand gemalt wurden. Bei den Vorwürfen gegen das Kabinett Entente ist es sich tatsächlich nur um die Privaterei kleiner, unbedeutender Kreise zu handeln. Man mag immerhin an Einzelheiten der Regierungspolitik Kritik üben, von ihrer Gesamtrichtung kann man sich nicht abwenden; das hat erst jetzt wieder der Eisenbahnrat des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, hingewiesen, indem er erklärte, daß wir bei einer Preisgabe des nächsten Widerstandes an der Ruhr auch rein materiell keine Besserung unserer Lage erwarten können, ganz abgesehen von der moralischen Niederlage, die das für uns bedeuten würde.